16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Mieke Senftleben (FDP)

vom 07. November 2006 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. November 2006) und **Antwort**

Sorgerecht bei Drogenabhängigen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Hat der Senat darüber Kenntnis, wie viele Kinder in der Obhut drogenabhängiger Eltern aufwachsen? Gibt es Schätzungen?

Zu 1.: Daten liegen nur für diejenigen Personen in Berlin vor, die sich im Jahr 2005 in stationärer oder ambulanter Behandlung befanden oder Klienten von Beratungsstellen waren.

Aus der „Suchthilfestatistik 2005 - Bericht zur aktuellen Situation und den Aktivitäten der ambulanten Suchthilfeinrichtungen des Landes Berlin“ und der entsprechenden Statistik für die stationären Suchthilfeinrichtungen, die vom Institut für Therapieforchung München erstellt (IFT) worden sind, lassen sich folgende Daten errechnen:

1. von den Klienten der ambulanten Suchthilfe hatten 1543 eins oder mehrere Kinder im Haushalt - davon nach substanzbezogenen Hauptdrogen der Eltern 656 Alkohol, 636 Opiate, 121 Cannabis, 90 Kokain, 40 Stimulanzen
2. von den 2005 in stationärer Behandlung befindlichen Patienten hatten 73 ein oder mehrere Kinder im Haushalt - davon nach substanzbezogenen Hauptdrogen der Eltern 5 Alkohol, 38 Opiate, 11 Cannabis, 18 Kokain, 1 Stimulanzen
3. Im Haushalt von substituierten Klienten befinden sich bei 297 ein oder mehrere Kinder

Da die Statistik des IFT nur Drogenabhängige erfasst, die im Jahr 2005 Kontakt zum Suchthilfesystem hatten, muss von einer Dunkelziffer ausgegangen werden. Außerdem weist die IFT-Statistik im ambulanten Bereich 35,7 und im stationären 36 % unbekannte Betreuungen aus. Personen, die an verschiedenen Stellen und oder mehrfach im Suchthilfesystem auftauchen, können darüber hinaus auch mehrfach gezählt werden. Aus alledem er-

schließt sich, dass die Datenlage nicht befriedigend genannt werden kann.

2. Wie häufig wurden Maßnahmen der erzieherischen Hilfen (HzE) aufgrund des Suchtverhaltens der Eltern eingeleitet?

Zu 2.: Eine eindeutige Antwort ist hier nicht möglich, da ein monokausaler Zusammenhang zwischen einem speziellen Umstand und der Notwendigkeit einer Hilfe zur Erziehung in aller Regel nicht gegeben ist. In der Hilfeplanstatistik der Jugendämter sind für „Hilfeplanrelevante Lebensumstände der Eltern“ bis zu drei Nennungen möglich, die keine Priorisierung erlauben. Unter den 15.198 laufenden Hilfen zur Erziehung am Stichtag 31.12.2005 wurden in 2.279 Fällen „Suchtprobleme“ als Lebensumstand der Eltern benannt (= 8,87 % von insgesamt 25.707 Nennungen). Darunter sind die zur Sprache gekommenen Probleme mit Drogen, Alkohol und Tabletten etc. subsumiert, eine Differenzierung - u.a. nach dem Schweregrad der Probleme oder ihrem Einfluss auf das Kind - ist danach nicht möglich.

3. Wie sichern der Senat bzw. die bezirklichen Jugendämter den Schutz von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern von Sucht betroffen sind?

4. Welche Maßnahmen werden seitens der Jugendämter ergriffen, wenn bekannt wird, dass Kinder oder Jugendliche in einem Umfeld, das von Drogenmissbrauch gekennzeichnet ist, heranwachsen?

Zu 3. und 4.: Alle Einrichtungen, die mit Suchtkranken arbeiten, sind verpflichtet den Jugendämtern mitzuteilen, wenn sie ein Risiko für das Kindeswohl wahrnehmen. Das Jugendamt prüft bei jeglichen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung in Durchführung seines gesetzlichen Schutzauftrages gemäß § 8 a SGB VIII das Gefährdungsrisiko, bietet Hilfen zur Abwendung der Gefährdung an oder ruft das Familiengericht an, wenn die Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, mitzuwirken; bei

Gefahr im Verzug wird das Kind in Obhut genommen. Es ist davon auszugehen, dass die Jugendämter auf die Gefährdung von Kindern aus Elternhäusern mit einem „Drogenhintergrund“ in besonderer Weise achten; dies gehört zu den Indikatoren für die Risikoabschätzung.

5. Inwiefern werden in Berlin Sorgerechtsentscheidungen gegenüber Therapieaussichten für Eltern abgewogen?

Zu 5.: Die Sorgerechtsentscheidungen im Sinne eines Eingriffes in das elterliche Sorgerecht sind den zuständigen Familiengerichten vorbehalten. Hierbei ist für die Entscheidung maßgeblich, ob das Kindeswohl gefährdet ist (§ 1666 BGB). Dass die Gerichte eine Kindeswohlgefährdung zu Gunsten der Therapieaussichten der Eltern hinnehmen würden, halte ich für unwahrscheinlich.

6. Gibt es in Berlin eine ähnliche Praxis wie in Bremen, Kinder drogenkranker Eltern in ihren Familien zu belassen, um den Rehabilitationserfolg zu steigern? Wie wird die Bremer Vorgehensweise seitens des Senats bewertet?

Zu 6.: Grundsätzlich steht das Kindeswohl im Vordergrund aller Entscheidungen, die das Kind betreffen. Für eine Güterabwägung zu Gunsten der Rehabilitation der drogenabhängigen Eltern ist hier kein Raum.

Berlin, den 14. Dezember 2006

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Senator für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Dezemb. 2006)